

Interpellation Nr. 7 (Februar 2006)

06.5002.01

betreffend Zoffreistrasse

Am 23. Januar 2006 hat das Bundesgericht eine Verwaltungsbeschwerde gegen die Rodungsbewilligung abgewiesen. Nach diesem Entscheid steht dem Bau der Zoffreistrasse zwischen Lörrach und Weil am Rhein nichts mehr im Wege.

Der Antrag der Vorsteherin des Baudepartements, Regierungspräsidentin Barbara Schneider, mit der Rodung bis nach dem Urnengang der „Wiese Initiative“ am 12. Februar zuzuwarten, hat unsere Nachbarn von Lörrach und Weil am Rhein sehr verärgert. Durch dieses Vorgehen werden überdies wichtige, verkehrsentlastende ÖV-Verträge (Tram nach Lörrach, Weil am Rhein sowie der Bus nach Grenzach-Wyhlen) gefährdet und die Beziehungen zu unseren Nachbarn unnötig belastet.

Ich ersuche aufgrund dieser Ausgangslage den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche weiteren Massnahmen sind für den Baubeginn der Zoffreistrasse notwendig?
2. Welche konkreten Schritte unternimmt der Regierungsrat, um den Bau der Zoffreistrasse zu beschleunigen?
3. Was kann der Regierungsrat tun, um den Bau der Zoffreistrasse, ohne weitere Verzögerungen, zu Ende zu bringen?
4. Was kann der Regierungsrat tun, um Bedeutung des Baus für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Öffentlichkeit zu vermitteln?
5. Wie kann der Regierungsrat dem grenzüberschreitenden Vertrauensverlust entgegenwirken?
6. Wird eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit geregelt, in der Massnahmen zur Renaturierung und zum Anwohnerschutz abgestimmt werden?

Eduard Rutschmann